seiner revolutionären Führung beraubt und gehindert werden, sich gegen die neuen ungeheuerlichen Angriffe auf seine Existenz zur Wehr zu setzen. Darum müssen die von uns angeprangerten Regierungspläne die Millionen von Antifaschisten in höchsten Alarmzustand und in größte Kampfbereitschaft versetzen.

Die am Sonntag beginnende Antifaschistische Aktionswoche und die Reichstagswahl am 31. Juli sollen zeigen, daß der Kommunismus im mächtigen Vordringen ist und allen Anschlägen der Papenregierung siegreich trotzt.

In diesem Sinne vorwärts zum Kampf der roten Einheitsfront!

Ausnahmezustand gegen die KPD in Bremen

Bremen, 6. Juli.

Der SPD-Koalitionssenat in Bremen hat die von der Kommunistischen Partei angesagte Demonstration verboten. In der Begründung wird mit zynischer Offenheit gesagt, daß es sich um eine Ausnahmebestimmung gegen die KPD handelt. Es heißt in dieser Begründung, für die der SPD-Senator die volle Verantwortung trägt:

„Es muß im Interesse der Allgemeinheit über Zulassung kommunistischer Demonstrationen ein besonders scharfer Maßstab angelegt werden."

Die Erklärung der SPD-Polizei von Bremen hört sich wie die Ausführung eines Befehls von Hitler an, der am Sonntag in München erklärte: „Wir Nationalsozialisten kennen nur eine Provokation: wenn Moskaus Horden auf deutschen Straßen marschieren dürfen."

Der SPD-Polizeisenator in Bremen nimmt sich die Anordnung Hitlers zu Herzen und verhängt praktisch den Ausnahmezustand über die KPD.

Antwortet auf diese Hilfeleistung der SPD-Führer für den Faschismus durch verstärkten Zusammenschluß zur gemeinsamen Antifaschistischen Aktion!

Vor Landtagsauflösung in Thüringen

Weimar, 8. Juli 1932. (Eig. Drahtbericht)

Die Regierung von Thüringen hat gestern nachmittag den sofortigen Rücktritt beschlossen, weil im Landtag zwei Anträge angenommen wurden, von denen der eine die unter der Regierung des Naziministers Frick eingeführte Sonderbesteuerung für die Konsumvereine und der andere eine Notverordnung, durch die der Mieterschutz in Thüringen so gut wie beseitigt worden war, aufhebe. Man rechnet mit Auflösung des Landtages und Neuwahlen.

Fürsten und Kirche verlangen die Steuergelder der Werktätigen

Für Subventionen hat Sachsen Geld

Landtagsdebatte über Verträge mit den Prinzen und Pfaffen. Kommunisten fordern Streichung aller Zahlungen und Aufhebung der Zollschranken

Dresden, den 7. Juli.

Die heutige Landtagssitzung hatte sich, nachdem der Haushaltplan mit seinen Millionen Streichung an allen sozialen Ausgaben in seiner zweiten Lesung durchgepeitscht war, wiederum mit den unersättlichen Forderungen der Fürsten und der Kirche zu beschäftigen. In derselben Zeit, da Millionenmassen das Brot auf dem Tische fehlt, da ihnen der faschistische Hungerkurs der Bourgeoisie ungeheuerliche Opfer aufzwingt, fordern Kirche und ehemalige Prinzen Millionen aus den Steuergroschen, die den werktätigen Schichten abgepreßt werden.

Die kommunistische Fraktion hat diesen ungeheuerlichen Skandal angeprangert, während die Sozialdemokraten in Verfolg ihrer Praxis als „Realpolitiker" sich auf den „Boden der Tatsachen" stellen und Kirche und Prinzen das zu geben bereit sind, was sie in ihrer unersättlichen Habgier von den hungernden Werktätigen Deutschlands verlangen.

Sitzungsbericht

In der Donnerstagsitzung wählte der Landtag zunächst 7 Mitglieder in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Sächsische Werke. Von der kommunistischen Fraktion wird Genosse Mätzig als Vertreter der Arbeiterschaft delegiert.

Das Plenum beschäftigte sich dann mit einer Reihe von **Anträgen auf Aufhebung der Immunität** von Abgeordneten, die nach den Vorschlägen des Rechtsausschusses mit einer Ausnahme abgelehnt werden soll. Unter anderem soll auch auf Antrag der Chemnitzer Staatsanwaltschaft die Immunität des Genossen Sindermann aufgehoben werden, um die Strafverfolgung einzuleiten, weil sich der berüchtigte Chemnitzer Kriminalwachtmeister Jost durch eine Rede des Genossen Sindermann beleidigt fühlt.

Genosse Renner gibt hierzu eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß ein eventuelles Gerichtsverfahren keineswegs zur objektiven Klärung des Sachverhaltes führen könne. Der Innenminister Richter habe während des schwebenden Verfahrens in der Linie der Denkschrift über die Polizei eine Erklärung im Landtag abgegeben, daß unsere Vorwürfe gegen Jost unbegründet seien. Damit habe er bereits dem Klassengericht das Stichwort gegeben. Von diesem Gericht ist die Klärung der von uns festgestellten Tatsache nicht möglich, und deshalb stimmen wir gegen die Aufhebung der Immunität.

Der Landtag lehnt die Aufhebung der Immunität für den Genossen Sindermann und eine Reihe andere Abgeordnete ab. Strafverfolgung wird lediglich gegen den Nazi Studentkowiki beschlossen.

Genosse Scheffler nimmt zu einer zur Tagesordnung stehenden Vorlage über die Auseinandersetzung zwischen Sachsen und dem Reich über das Eigentumsverhältnis an den ehemaligen Heeresgrundstücken Stellung. Er betont, daß seit Jahren im Finanzministerium gekuhhandelt wird, um dem Reich Millionen aus den Taschen der sächsischen Steuerzahler zuzuschanzen.

Der Landtag behandelt dann die Vorlage über eine Vereinbarung zwischen dem Staat und einem der ehemals sächsischen Prinzen, der die Aufwertung seiner Rente verlangt. Genosse Mehlhorn kennzeichnet die Dreistigkeit dieser Fürsten, die in einer Zeit tiefster Wirtschaftsnot breiter Volksschichten volle Aufwertung ihrer Renten verlangen, nachdem ihnen der Landtag bereits eine 30prozentige Aufwertung geschenkt hat. Der Staat ist bereit, diesen ehemaligen Fürsten weiter riesige Summen in den Rachen zu werfen, **während den Opfern der Inflation ganze 12½ Prozent aufgewertet wurden, den Arbeitern und Angestellten Löhne und Gehälter gekürzt werden und der Etat bei allen wirtschaftlichen und sozialen Ausgaben ungeheure Streichungen aufweist.**

Wir verlangen in einem Zusatzantrag die Regierung zu ersuchen, **keinerlei Zahlungen** an die Fürsten mehr zu leisten.

Genosse Herrmann spricht zu dem Vergleich mit der evangelischen Kirche und betont noch einmal, daß wir jede finanzielle Unterstützung dieses Instrumentes der kapitalistischen Klasse ablehnen. Auch hier beantragen wir, daß die Regierung keinerlei Zahlungen mehr an die Kirche zu leisten hat.

Zu einem Antrag der SPD wegen Aufhebung des Einfuhrsperre deutscher Industrieprodukte in Dänemark, nimmt Genosse Renner Stellung und weist darauf hin, daß die Bitte an die Regierung um Ausfuhrförderung nichts helfen kann. Das Sinken der Ausfuhrziffern sei nicht nur eine Erscheinung in Deutschland, wo die Produktion in ihrer Gesamtheit auf den Stand des Jahres 1901 gesunken ist, sondern das internationale Kennzeichen der Tiefe der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. Auf zahlreiches statistisches Material gestützt, erbringt er den Beweis, daß dieser sozialdemokratische Antrag nur den Interessen der Kapitalisten entspricht und von jedem ihrer politischen Repräsentanten gestellt werden kann.

Aufhebung der Zollschranken gefordert

Vom Standpunkt der Interessenvertretung der Arbeiterschaft aus können wir diesem Antrag unsere Zustimmung unmöglich geben und haben deshalb einen Abänderungsantrag eingebracht, in dem wir die

Aufhebung der Butter-, Getreide-, der Düngemittel- und Futtermittelzölle

fordern und von der Regierung verlangen, energischen Protest gegen jede weitere Zollerhöhung zu erheben.

Durch die Einfuhrsperre für lebensnotwendige Nahrungsmittel muß die Verbilligung dieser Lebensmittel erreicht werden und wenigstens ein Teil der Ursachen zur Absperrung der deutschen Länder gegen deutsche Industriewaren aufgehoben werden. Insbesondere fordern wir den Ausbau der Handelsbeziehungen mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Zollschranken sind die Ursachen, die zu den Repressalien des Auslandes führten. Die **Notverordnungspolitik der Papenregierung,** die an der weiteren Erhöhung der Zölle festhält, gearbeitet hat, verschärft diese Lage. Die **rigorosen Abbaumaßnahmen** der Unterstützungen, Löhne und Gehälter, die Aufhebung der Freigrenze für die Umsatzsteuer und die Erhöhung der neuen Reichsfinanzsteuer drosseln den Massenkonsum im Inland weiter und müssen logischerweise zu **noch stärkerer Schrumpfung der Produktion** führen.

Der Kapitalismus findet keinen anderen Ausweg aus dieser Wirtschaftskrise, als den imperialistischen Krieg. Alle Maßnahmen, die er wirtschaftspolitisch trifft, müssen seine ökonomische Lage verschlimmern. Es gibt nur ein Land auf der Welt, das im Gegensatz zu der tiefen Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt ökonomischer, sozialer und kultureller Aufstieg hat. Das ist die proletarische Sowjetunion. Und damit ist auch der Weg gezeigt, der die Arbeiterklasse aus der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft herausführen kann. Wenn die Arbeiterschaft auch in Deutschland die Macht hat, dann wird sie die Voraussetzungen schaffen, daß die Wirtschaftskrise überwunden wird.

Die Abstimmung über die zur Tagesordnung stehenden Vorlagen wird in der voraussichtlichen Schlußsitzung des Landtages am Freitag erfolgen.

Das ist antifaschistische Einheitsfront!

Die sozialdemokratischen Arbeiter des Ortes Schönborn teilen der Bezirksleitung Sachsen der KPD mit, daß sie beschlossen haben, in der Wahlkampagne keine Flugblätter zu verbreiten, die sich gegen die Kommunistische Partei richten. Damit erklären sie, daß sie gegen die Hetze ihrer Führer gegen die einzige revolutionäre Arbeiterpartei sind.

Sozialdemokratische Arbeiter! Ueberall schließt fester die rote Einheitsfront gegen Hunger, Faschismus und Krieg! Reiht euch ein in die Antifaschistische Aktion!

Freitaler SPD-Proleten gegen ihre örtlichen Führer

(Arbeiterkorrespondenz)

In der letzten Mitgliederversammlung der SPD in Freital gab es Sturm. Die SPD-Arbeiter waren darüber empört, daß ihre Parteigenossen im Ausschuß für die Exmittierung eines werktätigen Mieters aus der Raschelbergsiedlung gestimmt hatten.

Sie verlangten von ihren Stadtverordneten eine Erklärung, ob sie der Herauswerfung zugestimmt hatten oder nicht. Die Stadtverordneten lehnten ab, eine Erklärung abzugeben und beriefen sich auf die geheime Sitzung.

Die SPD-Arbeiter wissen natürlich genau, daß die SPD in den Ausschüssen die Mehrheit hat und daß infolgedessen eine Herauswerfung aus der Wohnung ohne Zustimmung der SPD-Stadtverordneten nicht erfolgen kann. Die

Entrüstung steigerte sich, als ein SPD-Arbeiter das unerhörte Vorgehen der Freitaler Polizei gegen die Arbeitslosen brandmarkte.

Der Leitung gelang es nicht, diese ehrlichen SPD-Arbeiter einzuseifen.

Der Vorgang in der SPD-Mitgliederversammlung zeigt, daß innerhalb der SPD die Opposition gegen die SPD-Politik wächst. Wir müssen dafür sorgen, daß die SPD-Arbeiter die Rolle ihrer Partei erkennen und in roter Einheitsfront mit dem revolutionären Proletariat gegen Hunger und Faschismus kämpfen!

Severing-Polizei gegen Jungarbeiter

10000 bei einer machtvollen Demonstration der antifaschistischen Jugend in Berlin. Polizeiattacken auf die in roter Einheitsfront marschierende werktätige Jungarbeiterschaft

Berlin, 8. Juli 1932. (Eig. Drahtbericht)

Gestern abend marschierten 10 000 Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen in den Straßen Berlins zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Notverordnungsdiktatur, gegen den faschistischen Arbeitsdienst, gegen die imperialistische Kriegsgefahr, für den Sozialismus. Schulter an Schulter demonstrierten mit den kommunistischen Jungarbeitern geschlossene Abteilungen der SAJ und des SJV mit parteilosen Jungarbeitern.

Während und nach der Kundgebung kam es zu schweren Zusammenstößen. Ohne ersichtlichen Grund und ohne daß die geringste Veranlassung vorlag, begann die Polizei mit Waffengewalt die wuchtige Kundgebung aufzulösen. Zu Pferd und zu Fuß kam die Schupo Gummiknüppel schlagend auf die Massen ein. Mehrfach wurden Frauen und Kinder niedergerissen. Viele Demonstranten wurden verletzt. An einigen Stellen schoß die Polizei sogar. Sie verletzte dabei einige Jungarbeiter. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, sollen auch einige Schupobeamte verletzt worden sein.

Auch der Zug der Sozialistischen Jugend wurde von der Polizei beim Abmarsch auseinandergeprügelt. Der Vorsitzende des SJV Brandenburg wurde besinnungslos geschlagen und schwer verletzt. Der 2. Vorsitzende wurde verhaftet. Vor einem Lokal an der Berg- und Gartenstraße schoß ein provozierender Nazi auf die Jungarbeiter. Er flüchtete in das in der Nähe gelegene SA-Lokal, das von den empörten Arbeitern gestürmt und demoliert wurde. Die Schupo griff zum Schutze der Nazis ein, schoß und verhaftete mehrere Arbeiter.

Polizeikugeln statt Brot!

Ein Erwerbsloser von der Polizei erschossen

Bitterfeld, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In Canderodorf bei Bitterfeld demonstrierten gestern mittag die Erwerbslosen gegen die ungeheuren Abzüge, die ihnen die Papenregierung diktiert hat. Dabei kam es zu einem schweren Zusammenstoß mit Landjägern, die sofort den Revolver zogen und in die Menge schossen. Ein Erwerbsloser wurde getötet. Wie hoch die Zahl der Verletzten ist, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Doch soll es mehrere Schwerverletzte gegeben haben.

Severings Polizei mit Schußwaffen gegen Streikende

Gollnow, 7. Juli. In dem Holzarbeiterstreik, der seit einigen Tagen entbrannt ist, kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Die Polizei wurde geholt von den Unternehmern und ging mit der Schußwaffe gegen streikende Arbeiter vor. Ein streikender Arbeiter wurde von der Severing-Polizei schwer verletzt.

An der Universität Leipzig kam es zu Nazikrawallen gegen das sächsische Kultusministerium, das die Studentenverfassung der Leipziger Universität abgelehnt hatte. Die Nazistudenten hielten eine Versammlung ab. Als der Rektor erschien, wurde er von den Nazis beschimpft. Daraufhin ließ der Rektor die Universität räumen und bis auf weiteres schließen.

Antifaschistische Kampfwoche und unsere Waffen

Vom 10. bis 17. Juli findet die Antifaschistische Kampfwoche statt. Die BZO müssen schon jetzt alle Vorbereitungen innerhalb der Partei und den Massenorganisationen treffen, um

diese Woche zur Werbung für Partei und Presse auszunutzen

In jeder Betriebsversammlung, Stempelstellenversammlung sowie öffentlichen Versammlungen und Aufmärschen muß die Werbung für unsere Presse sowie das Illustrierte Volksche durchgeführt werden. Organisiert auch in dieser Woche in allen Orten und Stadtteilen einen guten Verkauf unserer Presse!

Wer berichtet das erste Ergebnis an die Presse?

Die Antifaschistische Aktion

Dresden-Reick: In einer am Mittwoch hier stattgefundenen Versammlung traten 97 Arbeiter dem roten Massenselbstschutz bei. Außerdem wurde ein antifaschistisches Einheitskomitee gebildet.

Ehrenberg: In der Kunstleder- und Linolfabrik E. Keitel, AG, Kohlmühle, fand eine Belegschaftsversammlung statt, in der ein vorbereitender Kampfausschuß gewählt wurde, der sich zugleich als Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion konstituierte. Ihm gehören 3 parteilose Arbeiter an, ein KGO-Mitglied und ein Parteigenosse.

Hattingen: Hier führten die Arbeiter als Antwort auf einen Feuerüberfall der Nazibanditen eine Demonstration durch. Unter den beteiligten 4000 Arbeitern sah man etwa 800 Reichsbannerkameraden in voller Uniform.

Düsseldorf: Auf einer antifaschistischen Kundgebung, bei der der Markt die Massen nicht fassen konnte, sprach Genosse Hermann Remmele, der die Massen zur kämpfenden Einheitsfront aufrief.

Antifaschistenkongreß in Berlin

Am Tage des Beginns der Antifaschistischen Kampfwoche, am kommenden Sonntag, tritt in Berlin ein antifaschistischer Einheitskongreß zusammen, welcher der Ausgangspunkt für eine gewaltige *Verstärkung der Antifaschistischen Aktion im ganzen Reiche* sein wird. Auf diesem Kongreß wird der Genosse Thälmann das grundsätzliche *Referat* zur roten Einheitsfront halten. Am Kongreß werden auch zahlreiche Delegierte aus dem Reiche teilnehmen.